SPD-Ortsverein schreibt an Landrat Rudolf Schwemmbauer:

Appell: Gemeinsam gegen Hubschrauberlärm vorgehen

Auch Kommunen betroffen – Baugrundvermarktung ist schwer

SACHSEN b. ANSBACH (mai) – Wegen des „zunehmenden Hubschrauberlärms" hat sich der SPD-Ortsverein Sachsen an Landrat Rudolf Schwemmbauer gewandt. Er und die Kreisräte mögen sich der Initiative der Stadt Ansbach anschließen und aktiv für eine Verbesserung der Situation eintreten, so die Bitte des Ortsvorsitzenden Johann Bodächtel.

In seinem Schreiben, das auch an den Bundestagsabgeordneten Josef Göppel (CSU) und Staatsminister Günther Gloser (SPD) gegangen ist, verweist Bodächtel auf die „erheblichen Belästigungen durch die Übungsflüge der Hubschrauber der US-Armee", unter denen die Bürger des östlichen Landkreises seit Jahren leiden müssten. Diese Lärmbelästigungen hätten in den vergangenen Monaten jedoch Ausmaße angenommen, die „auch von den tolerantesten Bürgern nicht mehr ertragen" werden könnten.

Gleichzeitig verweist Bodächtel auf die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Abgase der Hubschrauber bei ihren Übungsflügen sowie auf die Gefährdung der Anwohner „im Falle eines nicht auszuschließenden Absturzes". Doch die Sachsener SPD sieht nicht nur die Bürger betroffen, sondern auch die Kommunen. Denn durch die Hubschrauberüberflüge werde es zunehmend schwieriger, in den betroffenen Gemeinden „die mit hohem finanziellen Aufwand geschaffenen Bauplätze zu vermarkten", schreibt Bodächtel, der selbst Gemeinderat in Sachsen ist. Auch der Wertverlust der Grundstücke von Gemeinden und Bürgern sei nicht zu unterschätzen.

In ihrem Schreiben bittet die Sachsener SPD den Landrat sowie die Kreisräte, sich der Initiative der Stadt Ansbach und der Oberbürgermeisterin anzuschließen mit dem Ziel, die Überflüge über bewohnte Gebiete und in den Nachtstunden einzustellen oder zumindest erheblich zu reduzieren. Sie glaubt, „dass es Erfolg versprechender ist, nicht auf die Verantwortlichen der US-Armee, sondern auf die Bundesregierung einzuwirken", um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Flugbewegungen zu gestalten.

Der Ortsverein sieht nur in einer gemeinsamen Initiative aller betroffenen Kommunen und des Landkreises Ansbach eine Chance, Verbesserungen zu erzielen.

Fränkische Landeszeitung, 11.08.2009